

■ Ein Rückgriff auf alte Statistiken lohnt nur insofern, als dass man das Ausmaß ihrer Fehleinschätzungen jeweils neu bestimmen kann. Ausgegangen war man vor Jahren von dramatischen Rückgängen bei den Schüler*innenzahlen. Mit den »frei« werdenden Stellen sollte die Schulreform abgesichert werden. Soweit die politisch gesteuerte Theorie 2008/09. Zu Beginn des Schuljahres 2015/16 stellen wir u. a. fest, dass in Bremerhaven

»Demographische Rendite«

Endgültige Verabschiedung von einem Unwort

Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

- 922 Kinder neu eingeschult wurden (Vergleich zu 2010 = +17,2 %)
- 912 Jugendliche in den 5. Jahrgang eintreten (Vergleich zu 2010 = +9,1 %).

Hinsichtlich der Zuwanderung weisen die amtlichen Zahlen

- zum 1.10.15 : 5.411 Zuwanderer aus (insbes. aus Bulgarien und Polen)
- zum 16.10.15 : 1.635 Flüchtlinge aus 21 Ländern (48 % vom Balkan, 39 % aus Syrien).

Bei den Flüchtlingen geht man bis zum Jahresende von einem Zuwachs auf 2.500 Menschen aus. Derzeit sind 50 % Kinder und Jugendliche, bei 70 % werden Traumatisierungen angenommen, eine entsprechende Versorgungsstruktur fehlt.

Die Stadt hat insofern reagiert, als dass Sprach- und »Willkommenskurse« in folgendem Umfang eingerichtet wurden:

P: 23 Kurse = 230 Plätze
S1: 11 Kurse = 176 Plätze
S2b: 9 Kurse = 144 Plätze
Willkommenskurse:
11 Kurse = 132 Plätze

Eine erhebliche Ausweitung ist geplant, steht aber immer unter der Maßgabe, »sofern Personal eingestellt werden kann«.

Vor diesem Hintergrund hat die Mitgliederversammlung in Bremerhaven eine elf Punkte umfassende Resolution verabschiedet, in der es u. a. heißt:

- Die Zuwächse an den Schulen und die den Lehrkräften zusätzlich zugewiesenen Aufgaben erfordern eine Aufstockung des Personalbestands. Der Umfang ist durch die Veröffentlichung einer Aufstellung des realen Personalbedarfs nach nachvollziehbaren, transparenten Kriterien zu verdeutlichen; eine entscheidende Rolle spielt dabei die Berücksichtigung eines »Sozialindex«;
- nachzuweisen, ob und wie die so genannten »zusätzlichen Mittel« verwendet wurden. Bei diesen Mitteln handelt es sich zum einen um die so genannten BAFöG Mittel und zum anderen um 6 % Zusatzzuweisung, die von Frau Senatorin Bogedan für Vertretungsunterricht zugesagt wurden (bei der derzeitigen Anzahl der Planstellen für unterrichtendes Personal entspricht das fast 70 Stellen);
- ein Personalentwicklungskonzept zu veröffentlichen, das bereits für Ostern 2015 zugesagt war und das die wesentlichen Probleme wirklich angeht: das Problem qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, qualifiziert im Hinblick auf Fachbedarfe und Leitungsbefähigung. Die hohe Zahl von »Freigabewünschen« in der sich die Unzufriedenheit der Kollegen und Kolleginnen dokumentiert, sollte Anlass sein, dieser Unzufriedenheit auf den Grund zu gehen und insbesondere die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Umsetzung der lange zugesagten und über den Ausschuss für Schule und Kultur (ASK) politisch geforderten Evaluation der bisherigen Reformbemühungen einschließlich der Wirksamkeit der Unterstützungssysteme;
- eine realistische Einschätzung zur Zukunft der Ganztagschule (derzeit findet an mehreren Schulen der Ganztags als »Notbetreuung« statt,

durch schlechtere Vertragsbedingungen bei den Honorarkräften sind viele Mitarbeiter*innen vor allem in der Primarstufe abgesprungen);

- die Sicherung der Referendar*innenausbildung zu mindestens 100 % und ggf. bedarfsdeckende Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für die erste und zweite Stufe der Lehrer*innenausbildung;
- einen »Fünfjahresplan« zur Erweiterung der Raumkapazitäten durch An- oder Neubau, sowohl in Quartieren mit deutlichem Zuwachs als auch in den angestrebten Neubaugebieten;
- ein Konzept, um die Herausforderungen der Inklusion, insbesondere bzgl. Armut und Migration, zu bewältigen;
- die Sicherung der Qualifikation der in Schule Beschäftigten. Ein hoher Prozentsatz der Kolleg*innen mit Zeitverträgen ist nicht voll ausgebildet. Ihnen ist eine begleitende Unterstützung zu gewähren. Ebenso müssen die Kolleg*innen an den Schulen spürbar entlastet werden, welche die Einarbeitung neuer, fachfremder, nicht pädagogisch ausgebildeter Kolleg*innen übernehmen;
- nicht aus dem Blick verlieren darf man die Tatsache, dass in der Schule Menschen mit unterschiedlicher Profession arbeiten. Deren Leistung trägt wesentlich zum Gelingen von Schule bei. Deshalb sind u. a. die Kapazitäten in den Sekretariaten zu erhöhen, die Reinigungskräfte in den städtischen Dienst zurückzuführen, Haustechnik und Schulverpflegung entsprechend der Anforderungen abzusichern;
- Installation eines umfangreichen Gesundheitsmanagement für alle Berufsgruppen, die in Schule tätig sind.